

Kreditanalysten:
Hauptanalyst:
Thomas Fischinger
Frankfurt
(49) 69-33-999-243
thomas_fischinger@
standardandpoors.com

Zweitanalyst:
Alois Strasser
Frankfurt
(49) 69-33-999-240
alois_strasser@
standardandpoors.com

International Public Finance
Ratings Europe
PublicFinanceEurope@
standardandpoors.com

Burgenland (Bundesland)

Emittentenrating

AA+/Stabil/A-1+

Hauptfaktoren

Stärken:

- § Solide Haushaltsergebnisse erwartet trotz Rezession
- § Niedriger und stabiler Schuldenstand
- § Ausgezeichneter Zugang zu Liquidität
- § Enge Zusammenarbeit der Regierungsebenen in Österreich

Schwächen:

- § Relativ niedriges Wohlstandsniveau
- § Hohe ausstehende Garantien für ausgegliederte Landesgesellschaften

Zusammenfassung

Die Ratings für das Burgenland beruhen auf der soliden Haushaltslage mit nur geringen Defiziten nach Investitionshaushalt von bis zu 4,2% der bereinigten Gesamteinnahmen bis 2011. Wir gehen davon aus, dass das Burgenland in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise in 2009 erstmals seit 2003 wieder ein Defizit nach Investitionshaushalt aufweisen wird, und nach der Wahl im Frühjahr 2010 wieder zu einer strukturell ausgeglichenen Haushaltsführung zurückfinden wird. Weiters basieren die Ratings auf einer sehr geringen und stabilen direkten Verschuldung von rund 23,1% der laufenden Einnahmen erwartet für 2009. Der ausgezeichnete Zugang zu Liquidität über die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, die dem Land bei Bedarf Darlehen zur Verfügung stellt, stellt ein weiteres, wesentliches Bonitätsmerkmal dar. Der Zugang erleichtert die Deckung eventuell anfallender Liquiditätsbedürfnisse auch in Zukunft.

Das Land profitiert zudem von der engen und konsensorientierten Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, welche eine einvernehmliche Änderung des Finanzausgleichssystems ermöglichte. Wir erwarten keine größeren Änderungen in der Aufgabenverteilung und Ressourcenausstattung für österreichische Bundesländer in den nächsten Jahren.

Die Ratings werden begrenzt durch das relativ geringe Bruttoregionalprodukt pro Kopf, welches nur rund 66,3% des österreichischen Durchschnittes bzw. 81,2% des EU-27-Durchschnittes erreicht. Zudem sehen wir die relativ hohen Eventualverbindlichkeiten, dies sind neben den begebenen Garantien des Landes für Schulden von ausgegliederten Landesgesellschaften auch insbesondere das noch offene Gerichtsverfahren beim EuGH über den Verkauf der Bank Burgenland (nicht gerettet), als Risiko für die Bonität des Landes an.

Liquidität

Die Liquiditätssituation des Landes ist ausgezeichnet. Die rollierende Liquiditätsplanung beruht auf vorhersehbaren Zahlungsein- und -ausgängen im Laufe eines Jahres, feststehende Termine für Steuern bzw. Löhne und Transferzahlungen sorgen für einen ausgeglichenen Kassenstand. Zudem erleichtert der durch Bundesgesetz ermöglichte Zugang des Landes zur Liquidität der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) die Deckung unvorhergesehener Liquiditätsengpässe. Das Land verfügt in 2009 über liquide Vermögensanlagen wie Staatsanleihen, Pfandbriefe und Bankanleihen in Höhe von insgesamt rund 28,5% der erwarteten Gesamtausgaben, diese Vermögenswerte wären unserer Meinung nach im Bedarfsfall schnell veräußerbar.

Ausblick

Der Ausblick ist stabil. Wir gehen davon aus, dass es dem Land gelingen wird, auch zukünftig wieder ausgeglichene Haushalte nach Investitionshaushalt vorzulegen und die finanziellen Auswirkungen der Rezession für das Land weiterhin beherrschbar bleiben. Dabei gehen wir davon aus, dass der Zugang des Landes zur Liquidität der Bundesfinanzierungsagentur bestehen bleibt und ein eventuelles Verfehlen der Vorgaben des nationalen Stabilitätspaktes ohne Konsequenzen für das Land bleibt.

Wir würden unsere Bonitätseinschätzung überdenken, wenn die konsensorientierte Zusammenarbeit der Regierungsebenen in Österreich abgeschwächt würde oder die Eventualverbindlichkeiten des Landes höhere finanzielle Belastungen des Landes erfordern würden. Andererseits könnten die Ratings sich verbessern, sollte die Wirtschaftskraft des Landes sich mittelfristig mehr dem österreichischen Durchschnitt annähern oder die ausgelagerten Verbindlichkeiten zurückgeführt werden.

Beides sehen wir derzeit als unwahrscheinlich an.

Internationale Vergleichsgruppe des Burgenlandes

Im internationalen Vergleich zeichnet sich das Burgenland durch eine sehr niedrige direkte Schuldenlast, einen exzellenten Zugang zu Liquidität, eine ausgeglichene Haushaltsentwicklung sowie ein stabiles und vorhersehbares regulatorisches Umfeld aus, welche die meist schwächere Wirtschaftskraft des Landes im internationalen Vergleich mehr als ausgleichen.

Die Haushaltsentwicklung des Burgenlandes im Durchschnitt der letzten drei Jahre entspricht in etwa dem Median der Gebietskörperschaften in der AA-Ratingkategorie. Sowohl die kanadische Provinz Saskatchewan als auch das Britische Woking Borough Council sind wirtschaftlich stärker als das Burgenland. Ausgleichend wirkt hingegen in unserer Bewertung die niedrige direkte Schuldenlast.

Tabelle 1: Internationale Vergleichsgruppe

Burgenland 2008 Internationaler Vergleich	Burgenland (Bundesland)	AA Median	Saskatchewan (Provinz)	St Gallen (Kanton)	Steiermark (Bundesland)	Woking (Borough Council)
Kreditrating (Nationale Währung)	AA+/Stabil/ A-1+		AA+/Stabil/ A-1+	AA+/Stabil/ A-1+	AA+/Stabil/ A-1+	AA/Negative/ --
Kreditrating (Fremdwährung)	AA+/Stabil/ A-1+		AA+/Stabil/ A-1+	AA+/Stabil/ A-1+	AA+/Stabil/ A-1+	AA/Negative/ --
<i>Drei-Jahres-Durchschnitt. Nur Ist-Zahlen 2006-2008</i>						
Saldo des laufenden Haushalts (in % der laufenden Einnahmen)	5.4	12.8	15.4	8.0	10.0	5.3*
Saldo nach Vermögenshaushalt (in % der Gesamteinnahmen)	7.2	-0.7	8.8	5.1	(4.7)	(19.9)*
Anteil der Investitionsausgaben an den Gesamtausgaben	19.1	18.3	7.4	5.0	23.4	27.0*
Erhaltene Transfers (in % der Gesamteinnahmen)	34.1	22.9	15.9	27.6	26.8	27.6*
<i>2008 (in Millionen Euro)</i>						
Gesamteinnahmen	1,080.5	N.V.	8,614.8*	2,200.5	4,481.8	110.5*
Beeinflussbare Einnahmen (in % der laufenden Einnahmen)	15.5	65.9	87.3*	66.1	5.4	64.9*
Direkte Schulden am Jahresende	206.8	N.V.	2,811.5*	323.9	780.0	155.2*
Direkte Schulden in % der laufenden Einnahmen	23.3	46.7	33.4*	15.0	19.3	144.7*
Direkte Schulden in % des BIP	3.2	5.1	6.9*	1.9	2.2	0.1¶
Steuerfinanzierte Schuldenlast (in % der Gesamteinnahmen)	23.3	N.V.	34.0*	14.7	(71.2)	96.4*
Nettofinanzverbindlichkeiten (% in % der konsolidierten laufenden Einnahmen) **	175.3	N.V.	46.5*	(3.6)	(16.0)	139.0*
Zinsen (in % der laufenden Einnahmen)	1.9	2.4	6.1*	0.8	0.7	4.9*
Schuldendienst (in % der laufenden Einnahmen)	1.9	N.V.	11.9*	6.2	2.4	(2.7)*
Frei verfügbares Bargeld und Vergleichbares (in % des Schuldendienstes)	15.4§	N.V.	244.0*	684.9	53.2§	(355.8)*
Bevölkerung	280,088§	699,330§	1,016,000	463,337§	1,206,129§	90,700¶
Arbeitslosenrate (%)	3.7§	6.0§	4.1	N.V.	3.7§	3.6§
BIP (nominell) pro Kopf, in Euro	20,550.2¶	N.V.	37,931.5	N.V.	26,870.2¶	28,787.8¶
BIP pro Kopf (in % des nationalen Durchschnitts)	N.V.	N.V.	132.0¶	N.V.	85.6¶	90.1¶
BIP (real) Wachstum (%)	1.9¶	2.4*	4.4	N.V.	3.4¶	N.V.
Gesamteinnahmen in % des BIP	16.05	13.4	17.31	12.90	12.57	0.14¶
* Zahlen für 2009. § Zahlen für 2007. ¶ Zahlen für 2006. N.V.--Nicht verfügbar. ** Diese Zahl beinhaltet eine Schätzung von Standard & Poor's über die Höhe der Pensionsverbindlichkeiten von österreichischen Bundesländern.						

Unterstützung des Systems und Vorhersehbarkeit

Institutionalisierte Zusammenarbeit der Regierungsebenen

Standard & Poor's hält das österreichische Finanzausgleichssystem für eines der verlässlichsten und am meisten unterstützenden Systeme weltweit. Die österreichische Finanzverfassung ist hochgradig zentralisiert. Steuern werden zentral geregelt, eingezogen und nach Abzug eines Bundesanteils einem festgelegten Bevölkerungsschlüssel folgend unter den Ländern aufgeteilt. Zusätzlich zu diesen gemeinschaftlichen Bundesabgaben („Ertragsanteilen“) haben die Länder ein Steuerfindungsrecht, jedoch kann die Bundesregierung der Einführung einer neuen Landessteuer

widersprechen. Die Zusammenarbeit der Institutionen ist sehr eng. In manchen, von der Bundesverfassung vorgegebenen Bereichen handelt der Landeshauptmann als Organ der Bundesregierung. In diesen Bereichen untersteht der Landeshauptmann auch der Weisungsbefugnis der Bundesregierung, jedoch nicht in den Aufgaben des selbständigen Wirkungsbereiches. Dieses Zusammenwirken der zwei Regierungsebenen bewirkt eine enge Kooperation, wie sie auch durch den nationalen Stabilitätspakt zur Erreichung der gesamtstaatlichen Maastricht-Ziele verdeutlicht wird.

Finanzausgleich wird regelmäßig adaptiert

Die Rahmenbedingungen des Finanzausgleiches wird regelmäßig überprüft und im Verhandlungswege zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vereinbart und dann mittels Bundesgesetzes (Finanzausgleichsgesetz) beschlossen. Die stabile und auf Konsens ausgerichtete Politik in Österreich führte dabei stets zu nur kleinen Änderungen des Ausgleichs. Der im Herbst 2007 beschlossene neue Finanzausgleich soll bis 2013 laufen, mit einer Überprüfungsöglichkeit in 2010. Neben der Umwandlung von Transferzahlungen in ungebundene Ertragsanteile sind als wesentliche Änderungen eine Verringerung des zu erbringenden Überschusses der Länder nach Maastricht-Definition im Rahmen des Stabilitätspaktes sowie eine Aufstockung der Transferzahlungen des Bundes an die Länder zur Gesundheitsfinanzierung vereinbart worden. Des Weiteren wurden Arbeitsgruppen zur grundsätzlichen Reform des Finanzausgleiches eingerichtet sowie zur längerfristigen Finanzierung der Gesundheit und Pflege. Zudem wird seit 2009 die jährliche Bevölkerungsstatistik (Hauptwohnsitze) für die Berechnung der Steueranteile jedes Landes herangezogen und nicht mehr nach einem alle 10 Jahre erneuertem Zensus berechnet. Dies dürfte die leichten, relativen Einnahmeeinbußen für das Burgenland früher und stetiger ausfallen lassen als nach dem bisherigen System.

Wir begrüßen die weniger starke Fixierung auf formale Überschüsse nach Maastricht-Kriterien und gehen davon aus, dass es in den nächsten Jahren nicht zu weiteren wesentlichen Änderungen des Finanzausgleichs kommen wird. Allenfalls dürfte unserer Meinung nach in Zukunft der politische Stellenwert der zu erreichenden Maastrichtüberschüsse weiter sinken, da angesichts der Steuerausfälle in den nächsten Jahren ein Erreichen der vertraglich fixierten Maastrichtergebnisse für Bund und Länder schwierig sein dürfte. Eine Adaptierung der Ziele des Stabilitätspaktes an die realwirtschaftliche Entwicklung wurde bislang nicht umgesetzt.

Wirtschaft

Das nach Bevölkerung kleinste Bundesland Österreichs liegt im Osten des Landes, entlang der Grenze zu Ungarn (BBB-/Stabil/A-3). In Teilen des Landes gibt es kroatisch bzw. ungarisch sprechende Minderheiten. Die Bevölkerung wächst gering aber stabil mit Raten von ca. 0,3% pro Jahr, insbesondere im wirtschaftlich stärkeren Norden des Landes. Das Bevölkerungswachstum ist geringer als im nationalen Durchschnitt, dies führt langfristig für das Burgenland zu niedrigeren Anteilen an der Haupteinnahmequelle des Landeshaushalts, den Einnahmen aus gemeinsamen Steuern („Ertragsanteile“).

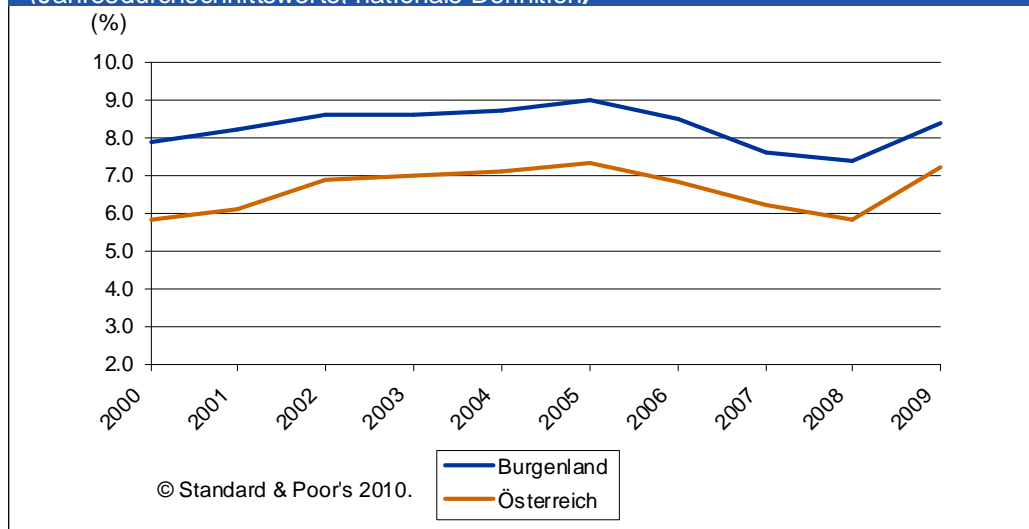
Die Bevölkerungsstruktur ist älter als im nationalen Durchschnitt mit nur 18,5% (Österreich: 20,3%) der Bevölkerung zwischen 0 und 18 Jahren bzw. 18,7% (Österreich: 15,9%) im Alter über 65 Jahren. Die relativ schlechte Alterstruktur dürfte sich in den nächsten Jahren weiter verschlechtern, wodurch die Kosten für Gesundheit, Pflege, Soziales etc. ansteigen dürften. Durch die geographische Nähe zur Bundeshauptstadt Wien leben viele Pendler im Land, deren Hauptwohnsitz nicht im Burgenland liegt. Auch dadurch hat das Burgenland das niedrigste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung sowie einen relativ geringen Anteil an Bevölkerung im Erwerbsalter.

Ländlich geprägter Wirtschaftsraum mit relativ niedriger Wertschöpfung pro Kopf

Das Bruttoinlandsprodukt erreichte rund 66,3% des österreichischen Durchschnitts oder rund 81,2% des EU-27-Schnitts, dies ist der geringste Wert aller österreichischen Bundesländer und vergleichsweise niedrig für eine westeuropäische Gebietskörperschaft. Als ehemaliges Ziel-1-Gebiet für Förderungen der Europäischen Union bekommt das Burgenland noch bis 2013 degressive Förderungen, die teilweise aus dem Landeshaushalt kofinanziert werden. Dies führte bisher zu den höchsten Wachstumsraten aller österreichischen Bundesländer seit 1995, und dürfte unserer Meinung nach auch in den nächsten Jahren zu höherem Wachstum als im österreichischen Durchschnitt führen. Standard & Poor's erwartet für 2010 nach der Rezession wieder ein reales BIP-Wachstum in Österreich von rund 1,1%, und ein etwas höheres Wachstum in 2011 von 1,8%, mit entsprechend höheren Raten für das Burgenland.

Kleine Unternehmen dominieren die regionale Wirtschaftsstruktur, rund 90% aller Arbeitnehmer arbeiten in Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten, große systemrelevante Arbeitgeber gibt es nach unserer Auffassung nicht. Rund 5% der Wertschöpfung werden im ersten Sektor erzielt, rund 65,8% (Österreich: 68%) tragen Dienstleistungen zur Wertschöpfung bei. Schwerpunkte sind Weinanbau bzw. Sommertourismus. Die kleinteilige Wirtschaftsstruktur begünstigt die Krisenbeständigkeit der regionalen Wirtschaft, österreichweit hatte das Burgenland in 2009 mit nur 2,3% den geringsten Anstieg der Arbeitslosigkeit aller Bundesländer (Österreich: Anstieg um 8,9%) zu verzeichnen. Im Jahresdurchschnitt 2009 erreichte die Arbeitslosenrate nach nationaler Definition 8,4% (Österreich: 7,2%), dies entspricht etwa 5,5% nach Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO), ein international moderat niedriger Wert (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Burgenland
--Entwicklung der Arbeitslosenrate im nationalen Vergleich
 (Jahresdurchschnittswerte, nationale Definition)



Verwaltung und institutionelle Legitimität

Keine große Änderung der Landespolitik trotz Wahlen im Frühjahr 2010 zu erwarten

Jeder Partei stehen ab einer gewissen Anzahl von Sitzen im Landesparlament („Landtag“) eine Regierungsbeteiligung (Proporzregierung) zu, derzeit sind dies die Sozialdemokraten (SPÖ) sowie die österreichische Volkspartei (ÖVP). Die SPÖ verfügt über die absolute Mehrheit der Sitze im Landtag. Laut Umfragen werden auch nach den nächsten Wahlen im Frühjahr die SPÖ und die ÖVP in der Landesregierung mit einem ähnlichen Kräfteverhältnis wie vor der Wahl vertreten sein, daher erwarten wir keine wesentliche Politikänderung für die nächsten Jahre. Sollte das neue Landesparlament nicht rechtzeitig das Budget des Folgejahres beschließen, tritt ein Budgetprovisorium auf Basis des letztjährigen Budgets in Kraft, Zins- und Tilgungszahlungen können dennoch geleistet werden.

Beide derzeit in der Regierung vertretenen Parteien haben den Verzicht auf Nettoneuverschuldung als politisches Ziel festgesetzt, und nur einmalig aufgrund der außergewöhnlichen Wirtschafts- und Steuersituation in 2010 eine geringe Neuverschuldung budgetiert. Standard & Poor's geht davon aus, dass die von der nächsten Regierung zu beschließende Finanzplanung wieder strukturell ausgeglichene Haushalte aufweisen wird. Die Finanzplanung ist nicht rollierend, sondern wird einmalig zu Beginn jeder Legislaturperiode beschlossen und lediglich für die laufende Legislaturperiode angepasst. Den Verzicht auf eine aktuell gehaltene Finanzplanung sieht Standard & Poor's als Schwäche an, da längerfristige Auswirkungen aktuell beschlossener Maßnahmen nur ungenügend abgebildet werden können.

Rechnungslegung

Burgenland verbucht kameralistisch, das heißt nur effektive Geldeinnahmen und -ausgaben werden verbucht, die Art der Rechnungslegung wird vom Bund durch die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) vorgeschrieben. Der Verzicht auf eine Erfassung von Erträgen bzw. nicht-kassenwirksamen Aufwänden wie Abschreibungen/Wertverzehr sowie die fehlende Konsolidierung von ausgelagerten Fonds und Landesunternehmungen sieht Standard & Poor's als Schwäche von österreichischen Gebietskörperschaften an. Für weitere Informationen über die Rechnungslegung sowie die von Standard & Poor's vorgenommenen Anpassungen vergleiche „Public Sector Accounting Report: Austrian States“ veröffentlicht am 23. Februar 2007 auf RatingsDirect.

Haushaltsflexibilität

Praktisch inflexible Einnahmenstruktur

Die Einnahmenstruktur österreichischer Bundesländer ist äußerst rigide, da der weitaus größte Teil der Einnahmen durch Zuweisungen und formelgebundene Steueranteile von einem einzelnen Land nicht beeinflusst werden kann.

Rund 45,0% der laufenden Einnahmen stammen aus bundesweit erhobenen Steuern, die durch den Bund erhoben werden und als gemeinschaftliche Bundesabgaben nach Bevölkerungsschlüssel verteilt werden. Der Einbruch der gemeinsamen Steuereinnahmen in 2009 hat zu einem relativ starken Rückgang dieser Steuereinnahmen geführt, der sich in 2010 fortsetzen dürfte. Theoretisch hat jedes Bundesland das Recht, eigene Steuertatbestände einzuführen, jedoch machen die landeseigenen Steuern nur 2,7% der laufenden Einnahmen aus. Zudem hat die Bundesregierung ein Veto-Recht gegen neue Ländersteuern, wodurch die Bedeutung der derzeitigen Steuerhoheit der Länder weiter eingeschränkt wird. Weitere rund 45,3% der laufenden Einnahmen stammen von Transferzahlungen und anderen Einnahmen, diese sind ebenfalls zum größten Teil vom Land nicht beeinflussbar und haben zudem entsprechende Ausgaben wie Lehrergehälter etc. zur Folge. Mehr als 90% der laufenden Einnahmen des burgenländischen Landeshaushalts können daher kurzfristig nicht oder nur gering beeinflusst werden.

Aufgrund des unterdurchschnittlichen Bevölkerungswachstums des Burgenlandes im Vergleich zum Rest Österreichs gehen wir von einem geringeren langfristigen Anwachsen der Einnahmen aus den Ertragsanteilen aus, andere österreichische Bundesländer mit relativ höherem Bevölkerungswachstum dürften mehr profitieren. Dies dürfte unserer Meinung nach mittelfristig den Konsolidierungsdruck auf den burgenländischen Landeshaushalt im nationalen Vergleich weiter erhöhen.

Hoher Anteil an Investitionsausgaben ermöglicht Einsparungen wenn nötig

Auf der Ausgabenseite dominieren die insgesamt relativ unflexiblen Personalkosten (inklusive laufender Pensionszahlungen, inklusive der vom Bund bezahlten Landeslehrer) mit rund 37,4% die laufenden Ausgaben. Die Personalkosten für die Landeslehrer werden vom Bund ersetzt, effektive Einsparungen für das Land sind daher nur eingeschränkt möglich, wenn die über den genehmigten Stellenplan hinausgehende Zahl der Lehrer nicht weiterbeschäftigt wird. Die Pensionszahlungen

werden aus dem laufenden Haushalt bezahlt, Einsparungen sind daher nur auf lange Sicht durch Änderungen des Pensionssystems für die eigenen Landesbeamten möglich, welche rund ein Drittel der gesamten jährlichen Pensionszahlungen umfasst.

Das Land ermöglicht weitgehende Sozialleistungen auf freiwilliger Basis, die geplante Einführung der sozialen Mindestsicherung hätte nach unserer Auffassung nur geringe finanzielle Auswirkungen auf das Land. Weitere Einsparungsmöglichkeiten bieten die Investitionsausgaben, die im Laufe der nächsten Jahre aufgrund der auslaufenden EU-Subventionen (Burgenland war ein Ziel-1-Gebiet) nicht mehr durch das Land kofinanziert werden müssen. Der Anteil der Investitionen ist mit 17,8% an den bereinigten Gesamtausgaben im Durchschnitt der letzten fünf Jahre sehr hoch und bietet entsprechende Einsparungsmöglichkeiten.

Zudem kann das Land im Bedarfsfall angesichts der sehr guten Infrastruktur Maßnahmen leicht auf einen späteren Zeitpunkt verschieben, auch bei der Darlehensgewährung an Private (Wohnbaudarlehen) hat das Land gewisse diskretionäre Spielräume. Insgesamt sieht Standard & Poor's die Flexibilität des Burgenlandes, auf budgetäre Herausforderungen zu reagieren, im internationalen Vergleich als durchschnittlich an.

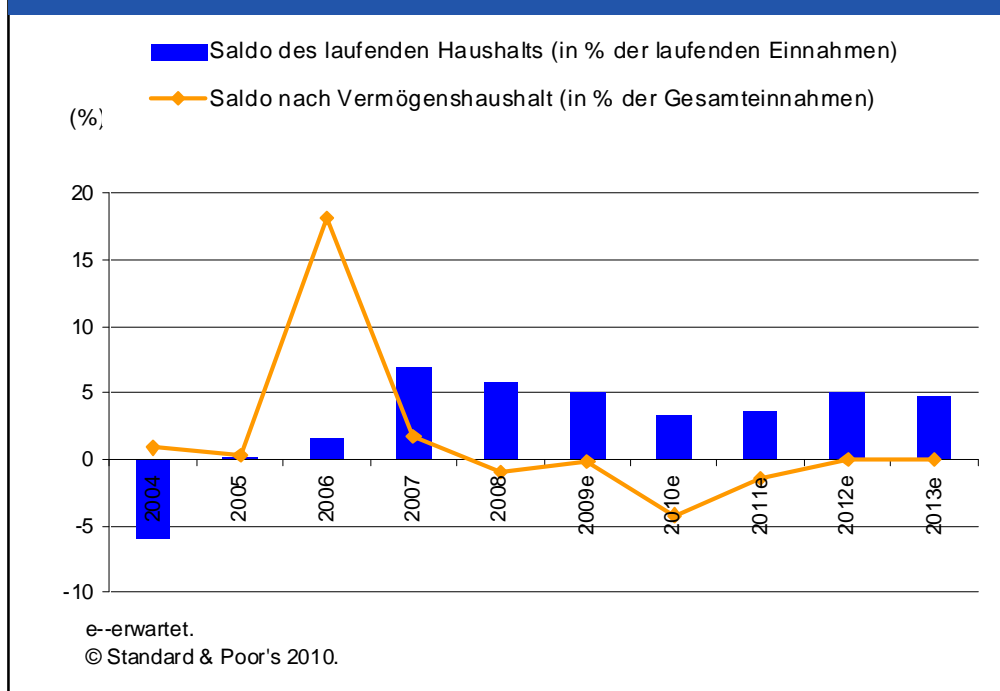
Haushaltsentwicklung

In 2010 erstmals wieder Nettoneuverschuldung budgetiert, aber nur einmalig

Die bis 2008 günstige Konjunktur in Österreich mit steigenden Gesamtsteuereinnahmen ermöglichte ein sehr gute Haushaltsentwicklung im Burgenland, der Überschuss des laufenden Haushalts (Verwaltungshaushalt) wurde mit 5,8% der bereinigten laufenden Einnahmen in 2008 etwa auf dem Niveau der vorherigen Jahre gehalten. Überschüsse nach Investitionshaushalt seit 2004 ermöglichten die Rückzahlung von außerbudgetärer Verschuldung im Zuge des Rettung der Bank Burgenland sowie den Verzicht auf Nettoneuverschuldung.

Für 2009 gehen wir von einem signifikanten Rückgang der Ertragsanteile aus, wodurch der Überschuss im laufenden Haushalt auf 5,1% der laufenden Einnahmen zurückgehen dürfte. Wir erwarten ein geringes Defizit nach Investitionshaushalt von 0,9% der bereinigten Gesamteinnahmen in 2009, welches durch die Auflösung von Reserven finanziert werden dürfte. Der Einbruch der Steuereinnahmen wird sich unserer Meinung nach in 2010 verschärfen, da die steuerlichen Auswirkungen der Rezession sich primär erst 2010 auswirken dürften. Wir erwarten für das Burgenland einen Überschuss im laufenden Haushalt von nur mehr 3,3% der laufenden Einnahmen sowie ein Defizit nach Investitionshaushalt von 4,2% in 2010. Wir sind überzeugt, dass die nächste Landesregierung versuchen wird, ab 2011 wieder zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt zurückzukehren, dies sollte durch höhere Steuereinnahmen und entsprechende Konsolidierungsmaßnahmen des Landes zu erreichen sein (siehe Abbildung 2).

**Abbildung 2: Burgenland
--Haushaltsentwicklung 2004 bis 2013e**



Burgenland ist durch den nationalen Stabilitätspakt verpflichtet, einen Überschuss von 0,52% des Bruttoinlandproduktes nach Maastricht-Definition in den nächsten Jahren aufzuweisen. Sollte das Land diese Vereinbarung nicht erfüllen können, würde ein Sanktionsmechanismus in Gang gesetzt. Diese Sanktionen können bis zum Einfrieren der Landesanteile an den gemeinschaftlichen Steuereinnahmen reichen. Standard & Poor's ist überzeugt, dass ein Nicht-Erreichen der Maastricht-Ziele für das Land nur wenig Konsequenzen hätte, da auch andere Regierungsebenen die vereinbarten Ziele in den nächsten zwei Jahren nicht oder nur sehr schwer erreichen werden.

Liquidität und Schuldenmanagement

Ausgezeichneter Zugang zu Liquidität über die ÖBFA

Die Liquiditätssituation des Landes ist ausgezeichnet. Die rollierende Liquiditätsplanung beruht auf vorhersehbaren Zahlungsein- und -ausgängen im Laufe eines Jahres, feststehende Termine für Steuern bzw. Löhne und Transfers sorgen für einen ausgeglichenen Kassenstand. Zudem erleichtert der durch Bundesgesetz ermöglichte Zugang des Landes zur Liquidität der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) die Deckung unvorhergesehener Liquiditätsengpässe. Dieser theoretisch unbegrenzte Zugang gestattet auch die Aufnahme von Fremdwährungsfinanzierungen bei Bedarf. Dieses Arrangement begrenzt die Gefahr von Engpässen bei der Refinanzierung beträchtlich und stellt eine wesentliche Bonitätsunterstützung dar.

Das Land hat somit keine vertraglich vereinbarte Kreditlinien, die den Kriterien von Standard & Poor's entsprechen würden. Der jährliche Schuldendienst (für Tilgungen und Zinszahlungen) ist stabil niedrig bei 2 bis 3% der laufenden Einnahmen, ein Fremdwährungsrisiko ist nicht vorhanden.

Liquide Vermögenswerte vorhanden

Das Land verfügt in 2009 über liquide Vermögensanlagen wie Staatsanleihen, Pfandbriefe und Bankanleihen in Höhe von insgesamt rund 28,5% der erwarteten Gesamtausgaben, diese Vermögenswerte wären unserer Meinung nach im Bedarfsfall schnell veräußerbar.

Das Burgenland verwendet mit Ausnahme von Zinsswaps keine Finanzderivate.

Schulden

Stabil niedrige Verschuldung

Die direkte Verschuldung in Höhe von 23.1% der laufenden Einnahmen (erwartet für 2009) ist sowohl im internationalen wie nationalen Vergleich niedrig. Die Schuldenlast von etwas mehr als 200 Millionen Euro ist in etwa stabil, auch wenn das Land für 2010 erstmalig seit 9 Jahren wieder eine geringe Neuverschuldung budgetiert. Wir gehen davon aus, dass das Burgenland nach 2010 wieder auf Neuverschuldung verzichten kann, womit die Verschuldung in 2013 wieder bei 23.1% der laufenden Einnahmen liegen sollte.

Weitere Verschuldung hat das Land über sich selbststützende Unternehmen ausgelagert, die teilweise mit Garantien versehen sind (siehe Abschnitt Eventualverbindlichkeiten).

Das Burgenland hat – wie alle österreichischen Bundesländer – keinen eigenständigen Pensionsfonds, die laufenden Pensionszahlungen für die pensionierten Landesbeamten werden aus dem Haushalt bezahlt. Die Republik Österreich erstattet dem Land die Ausgaben für aktive und pensionierte Landeslehrer, welche für rund zwei Drittel der gesamten Personal- und Pensionsausgaben stehen. Derzeit werden rund 92 Millionen Euro oder 10,3% der laufenden Einnahmen im Jahr für laufende Pensionszahlungen aufgewendet, eine landeseigene Berechnung der gesamten Pensionsverbindlichkeit nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gibt es nicht.

Da seit 2000 keine neuen Landesbediensteten mehr verbeamtet wurden, gehen wir von einem leichten Abschmelzen der barwertigen Pensionslast für das Land in den nächsten Jahren aus. Für Angestellte bzw. Neueinstellungen seit 10 Jahren trägt das Land zum allgemeinen Pensionsystem ASVG bei, dies sehen wir als wesentlichen Schritt zur Verringerung der langfristigen Pensionslasten an. Wir schätzen diese auf rund 1,35 Mrd Euro für die eigenen Landesbeamten (d.h. ohne Lehrer). Die Nettofinanzverbindlichkeiten des Landes summieren sich dadurch auf 168,5% der laufenden Einnahmen zum Jahresende 2009, ein im internationalen Vergleich moderater Wert.

Das Land garantiert nicht die Schulden der burgenländischen Gemeinden, jedoch gewährt das Land eine quasi automatische Abgangsdeckung für jene Gemeinden, die ihren laufenden Haushalt nicht ausgleichen können. Zudem beaufsichtigt das Land die Gemeinden. Trotz finanzieller Unregelmäßigkeiten bei einzelnen Gemeinden in letzter Zeit sehen wir die Schulden der burgenländischen Gemeinden als selbsttragend an, und erwarten keine unmittelbare finanzielle Belastung des Landes.

Eventualverbindlichkeiten

Klagen gegen Verkauf der Bank Burgenland offen

Das Land garantiert noch Teile der ausstehenden Verbindlichkeiten der ehemaligen Landesbank Bank Burgenland AG (nicht geratet) in Höhe von rund 3 Mrd Euro, die bis 2017 abschmelzen werden. Für weitere Informationen sehen Sie bitte „Austrian Landeshypothekenbanks Grandfathered Debt Ratings and CCRs Affirmed; Outlook Neg“, veröffentlicht am 3. April 2003, auf RatingsDirect.

Der Verkauf der Bank in 2006 an eine österreichische Versicherungsgruppe (Grazer Wechselseitige Versicherung AG; Api/--/-) wurde von einem zweiten Bieter für die Bank angefochten, welcher einen um 42 Millionen Euro zu niedriger Kaufpreis und somit eine Wettbewerbsverzerrung durch das Land behauptet. Derzeit steht eine endgültige Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs noch aus. Standard & Poor's geht im schlechtesten Fall für das Land Burgenland von einer Rückabwicklung des Verkaufs der Bank aus, wir halten dies jedoch angesichts des hohen Integrationsgrades der Bank in die Versicherungsgruppe derzeit für unwahrscheinlich. Eine Entscheidung des Gerichtshofes in erster Instanz dürfte nicht vor 2011 fallen.

Das Land hat weitere Garantien für Tochterunternehmen des Landes abgegeben, unter anderem für Verbindlichkeiten der 100%-Tochter Burgenländische Landesholding GmbH (BLH, nicht geratet) von insgesamt rund 493 Millionen Euro zum Jahresende 2008. Zudem garantiert das Land die zeitgerechte und vollständige Zahlung der Wohnbaudarlehen, welche an die Wohnbau Burgenland GmbH (AA+/Stabil/A-1+) übertragen wurden, unabhängig vom Bestand der Grundschild. Wir sehen die Schulden der Holdinggesellschaft sowie der WBG als sich selbsttragend an, da beide Gesellschaften nicht auf Zuschüsse des Landes zur normalen Geschäftstätigkeit angewiesen sind.

Andere Eventualverbindlichkeiten haben nur einen geringen Umfang und beinhalten daher kein übermäßiges Finanzrisiko für das Land.

E-Mail Adresse

PublicFinanceEurope@standardandpoors.com

Tabellen: Finanzstatistik und Volkswirtschaftliche Statistik

BURGENLAND (BUNDESLAND) Finanzstatistik						
- in Millionen -	2013e	2012e	2011e	2010e	2009e	2008
Währung	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Datum des Wechselkurses	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Skaleneinheit	Millionen	Millionen	Millionen	Millionen	Millionen	Millionen
Umrechnungskurs zum US-Dollar	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	0.7
Laufende Einnahmen	1,070.0	1,000.0	950.0	908.3	980.1	888.9
Laufende Ausgaben	1,020.0	950.0	915.0	878.2	878.2	838.5
Saldo Laufender Haushalt	50.0	50.0	35.0	30.1	101.9	50.4
Saldo Laufender Haushalt (in % der lauf. Einnahmen)	4.7	5.0	3.7	3.3	10.4	5.7
Einnahmen des Investitionshaushalts	150.0	150.0	150.0	107.5	107.5	191.6
Ausgaben des Investitionshaushalts	200.0	200.0	200.0	180.0	210.0	222.2
Saldo nach Investitionshaushalt	0.0	0.0	(15.0)	(42.5)	(0.7)	19.8
Saldo nach Investitionshaushalt (in % der Gesamteinnahmen)	0.0	0.0	(1.4)	(4.2)	(0.1)	1.8
Schuldentilgung	0.0	0.0	25.0	25.9	0.0	0.0
Saldo nach Schuldentilgung	0.0	0.0	(40.0)	(68.4)	(0.7)	19.8
Saldo nach Schuldentilgung (in % der Gesamteinnahmen)	0.0	0.0	(3.6)	(6.7)	(0.1)	1.8
Bruttoaufnahmen	0.0	0.0	25.0	65.9	0.0	0.0
Saldo nach Bruttoaufnahmen	0.0	0.0	(15.0)	(2.5)	(0.7)	19.8
Saldo nach Bruttoaufnahmen (in % der Gesamteinnahmen)	0.0	0.0	(1.4)	(0.3)	(0.1)	1.8
Gesamteinnahmen (in % des BIP)	N.V.	N.V.	17.3	16.4	17.5	16.9
Beeinflussbare Einnahmen (in % der laufenden Einnahmen)	100.0	100.0	100.0	11.7	18.2	15.5
Anteil der Investitionsausgaben an den Gesamtausgaben	16.4	17.4	17.9	17.0	19.3	21.0
Wachstum der lauf. Einnahmen (in %)	7.0	5.3	4.6	1.6	9.6	5.7
Wachstum der lauf. Ausgaben (in %)	7.4	3.8	4.2	3.5	3.5	7.2
Direkte Schulden am Jahresende	246.8	246.8	246.8	246.8	206.8	206.8
Direkte Schulden am Jahresende (in % der laufenden Einnahmen)	23.1	24.7	26.0	27.2	21.1	23.3
Direkte Schulden in % des BIP	N.V.	N.V.	3.9	4.0	3.3	3.2
Steuerfinanzierte Schuldenlast (in % der konsolidierten laufenden Einnahmen)	23.1	24.7	26.0	27.2	21.1	23.3
Zinsen (in % der laufenden Einnahmen)	2.3	2.5	2.6	2.9	2.7	1.9
Schuldendienst (in % der laufenden Einnahmen)	2.3	2.5	5.3	5.8	2.7	1.9
e--erwartet. N.V.--Nicht verfügbar						

BURGENLAND (BUNDESLAND) Volkswirtschaftliche Statistik							
	2011f	2010f	2009e	2008e	2007	2006	2005
Währung	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Skaleneinheit	Millionen	Millionen	Millionen	Millionen	Millionen	Millionen	Millionen
Bevölkerung (Tausend)	280.5	280.4	280.4	280.2	280.1	279.3	278.5
Arbeitslosigkeit(%)	8.6	7.3	5.7	3.3	3.7	5.1	6.0
BIP (nominell)	6,362.9	6,208.2	6,169.5	6,400.0	6,069.5	5,739.0	5,573.0
BIP (nominell) pro Kopf, in Euro	22,737.7	22,291.9	22,005.8	22,837.9	21,694.1	20,550.2	20,012.5
BIP (real) Wachstum (%)	2.0	1.3	(3.6)	2.0	1.0	2.7	1.9
f--S&P Prognose. e--S&P erwartet N.V.--Nicht verfügbar							

Rating Details	
Burgenland (Bundesland)	
Emittentenrating: AA+	
Ausblick: Stabil	
Kurzfristrating: A-1+	
Ratinggeschichte:	
9. Dezember 2008: AA+/Stabil/A-1+	
Bisherige Ausfälle	- keine -
Bevölkerung	280.400 Einwohner (2009e)
BIP pro Kopf	€22.000 (2009e)
Regierung	
Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) steht der Landesregierung vor, die aufgrund des Stärkeverhältnisses der Parteien (SPÖ und ÖV) im Landtag (Proporz) gebildet wird. Die SPÖ hat eine absolute Mehrheit der Stimmen im Landtag.	
Wahltermine:	
Letzte: Oktober 2005	
Nächste: Mai 2010 (Landtag)	

Copyright © 2010 Standard & Poor's, a division of The McGraw-Hill Companies, Inc. (S&P). S&P and/or its third party licensors have exclusive proprietary rights in the data or information provided herein. This data/information may only be used internally for business purposes and shall not be used for any unlawful or unauthorized purposes. Dissemination, distribution or reproduction of this data/information in any form is strictly prohibited except with the prior written permission of S&P. Because of the possibility of human or mechanical error by S&P, its affiliates or its third party licensors, S&P, its affiliates and its third party licensors do not guarantee the accuracy, adequacy, completeness or availability of any information and is not responsible for any errors or omissions or for the results obtained from the use of such information. S&P GIVES NO EXPRESS OR IMPLIED WARRANTIES, INCLUDING, BUT NOT LIMITED TO, ANY WARRANTIES OF MERCHANTABILITY OR FITNESS FOR A PARTICULAR PURPOSE OR USE. In no event shall S&P, its affiliates and its third party licensors be liable for any direct, indirect, special or consequential damages in connection with subscriber's or others use of the data/information contained herein. Access to the data or information contained herein is subject to termination in the event any agreement with a third party of information or software is terminated.

Analytic services provided by Standard & Poor's Ratings Services (Ratings Services) are the result of separate activities designed to preserve the independence and objectivity of ratings opinions. The credit ratings and observations contained herein are solely statements of opinion and not statements of fact or recommendations to purchase, hold, or sell any securities or make any other investment decisions. Accordingly, any user of the information contained herein should not rely on any credit rating or other opinion contained herein in making any investment decision. Ratings are based on information received by Ratings Services. Other divisions of Standard & Poor's may have information that is not available to Ratings Services. Standard & Poor's has established policies and procedures to maintain the confidentiality of non-public information received during the ratings process.

Ratings Services receives compensation for its ratings. Such compensation is normally paid either by the issuers of such securities or third parties participating in marketing the securities. While Standard & Poor's reserves the right to disseminate the rating, it receives no payment for doing so, except for subscriptions to its publications. Additional information about our ratings fees is available at www.standardandpoors.com/usratingsfees

Any Passwords/user IDs issued by S&P to users are single user-dedicated and may ONLY be used by the individual to whom they have been assigned. No sharing of passwords/user IDs and no simultaneous access via the same password/user ID is permitted. To reprint, translate, or use the data or information other than as provided herein, contact Client Services, 55 Water Street, New York, NY 10041; (1)212.438.9823 or by e-mail to: research_request@standardandpoors.com.

The McGraw-Hill Companies